

Unsere Stimme im Landtag!

## **Eine Stellungnahme zu dem Diskurs rund um die Ereignisse am 12.1.2017 in der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg**

An die Abgeordneten des Landtags Sachsen-Anhalt

Die Partei "Alternative für Deutschland" hatte angekündigt, die Proteste gegen die Veranstaltung der "Campus Alternative" am 12.1.2017 zum Thema "Gendermainstreaming" im Landtag skandalisieren zu wollen. Es ist davon auszugehen, dass sie damit ihren Kurs fortsetzen wird, der vor allem darin besteht, die Protestierenden zu diffamieren, eigene Verantwortlichkeiten und Kausalketten zu verschweigen, sich selbst als "Opfer linker Angriffe" zu stilisieren und gleichzeitig rigide Repressionsmaßnahmen aufzufahren. In seltsam anmutender Eintracht mit Politikern anderer Parteien und der medialen Berichterstattung konnte die AfD nach dem 12.1. eine Diskursverschiebung durchsetzen, die trotz zahlreicher Stellungnahmen von Beteiligten, studentischen Gremien und Lehrenden der Universität Magdeburg einseitig geblieben ist. Mit diesem Text werden wir Stimmen für sie hörbar machen, die in den letzten Wochen übergangen und diffamiert wurden. Wir, als Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt, sprechen nicht als Stellvertretung der Protestierenden. Vielmehr werden wir ihnen, in ihrer Funktion als Abgeordnete des Landtages, die Widersprüche und die daraus resultierenden Konsequenzen dieser Diskursverschiebung aufzeigen.

Warum es sich (von Anfang an) weder um einen wissenschaftlichen Vortrag noch um einen demokratischen Diskurs gehandelt hat

Am 12.1.2017 wollte die AfD-nahe Hochschulgruppe "Campus Alternative" eine Veranstaltung zum Thema "Gender Mainstreaming – der gesellige Zeitvertreib für Leute ohne Probleme" an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg durchführen. Als Dozenten wurde von ihnen Prof. Dr. Gerald Wolf eingeladen. Die Veranstaltung sollte vom Fraktionsvorsitzenden der AfD Sachsen-Anhalt André Poggenburg mit einem Grußwort eröffnet werden. Der Studierendenrat der OvGU organisierte im gleichen Hörsaal eine Veranstaltung mit der Gleichstellungsbeauftragten Dr. Sandra Tiefel zu „Gender Mainstreaming an den Hochschulen – Stand und Potenziale einer Strategie zur Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungssektor“. Ziel war es, innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses einen Beitrag für eine vielfältige Gesellschaft und die Akzeptanz der verschiedenen biologischen und sozialen Geschlechter zu leisten. Dieser Vortrag wurde von etwa 400 Studierenden besucht und auch die anschließende Diskussion zeigte ein hohes Interesse und Engagement bei den Teilnehmenden. Aus verschiedenen Gründen entschieden sich die anwesenden Studierenden aller Fachrichtungen dazu, die anschließende Veranstaltung der "Campus Alternative" nicht unkommentiert verlaufen zu lassen. Bunt und mit Transparenten gegen Rassismus und für Gleichberechtigung ausgestattet, blieben rund 400 Studierende nach

der Veranstaltung im Hörsaal, um sich gegen die Diskriminierung, den Sexismus, den Rassismus und den Rechtspopulismus zu positionieren, also Einstellungen, die sowohl von der AfD, als auch von Prof. Wolf, sowie von dem von der "Campus Alternative" mitgebrachten Personal- und Freundeskreis (Bsp.: Vorstand von "Die Rechte" und Mitglieder der "Identitären Bewegung Magdeburg") zu erwarten waren.

1. Es handelte sich um eine Propaganda-Veranstaltung der AfD, um weitere gesellschaftliche Bereiche mit ihren ideologischen Konzepten zu vereinnahmen

André Poggenburg besitzt keinerlei Kompetenz, um zum Thema „Gender“ inhaltlich etwas beitragen zu können. Poggenburg ist Teil des erzkonservativen Flügels der AfD und setzt Homosexualität gerne mal mit Pädophilie gleich. So hatte ihn die Travestie-Künstlerin Olivia Jones deswegen im September vergangenen Jahres wegen Volksverhetzung angezeigt. Die AfD Sachsen-Anhalt hatte versucht, die Aufklärungskampagne der Landesregierung zu verhindern, mit der Vorurteile gegen Homosexuelle abgebaut werden sollten. Nicht zuletzt zeigt der Umgang der AfD mit der Anzeige gegen Matthias Büttner wegen sexueller Nötigung einer Mitarbeiterin, dass sie wenig Interesse an Opferschutz und Aufklärung hat. Poggenburg entließ die Mitarbeiterin, die die Anzeige gestellt hatte, ebenso einen Mitarbeiter, der sich nicht an das von der Partei verordnete Schweigen halten wollte. Von ihm zu erwarten, er könnte zum Thema Gender mehr als nur populistisches Gebaren verlauten lassen, wäre nicht nur naiv, sondern zynisch.

In den Medien wurde nach dem 12.1. des öfteren gemutmaßt, man hätte mit der Verhinderung der Veranstaltung der AfD mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen, als wenn man sich mit ihr nur auf eine sachliche Diskussion eingelassen hätte. Wer die politischen Strategien der AfD kennt, weiß auch, dass es ihr selten um nüchterne Diskurse geht, sondern um die Setzung von ideologisch angereicherter "gefühlter Wahrheit". Für Fakten ist die AfD und ihr straßenpolitischer Unterbau à la Pegida und Co. resistent. Die Debatten in den verschiedenen Landtagen, in die man sie gewählt hatte, zeigen zudem ein immer wieder auftauchendes Muster: Provozieren, widersinnige Anträge stellen, um sich danach lautstark darüber empören zu können, dass man sie aus den demokratischen Verfahren ausschließen würde. Die Erklärung ihrerseits ist simpel: Es geht um die Definition von Feindbildern (laut AfD also alle "Altparteien" und der sogenannte "links-grün-versiffte Mainstream") und die Selbstinszenierung als vermeintlich einzig wählbare Alternative (wie Höcke sagte bis zum "vollständigen Sieg"). Die Veranstaltung in Magdeburg war demzufolge von Anfang an als Provokation und Werbeauftritt gedacht und auch so initiiert worden. Flüsterte Poggenburg noch beim Rausgehen aus dem Hörsaal zu seinen Mitarbeitern "Wir haben die Bilder, die wir brauchen. Politisch gesehen ein Erfolg." Es wäre also ganz gleichgültig gewesen, ob und wie die Studierenden mit dieser Provokation umgegangen wären.

Einer Partei mit rassistischen, sexistischen und nationalistischen Inhalten kann und darf kein Raum an einer sich als pluralistisch verstehenden Universität gegeben werden. Wird Politikern und Politikerinnen der AfD ein Hörsaal gewährt, so impliziert dies, dass deren Thesen und Inhalte diskutabel sind. Dies sind sie jedoch nicht. Die Stoßrichtung der AfD haben Beatrix von Storch mit ihrem Vorschlag "man könne auf Kinder an der Grenze schießen" und AfD-Landeschef Björn Höcke mit seiner geschichtsrevisionistischen Rede in Dresden mehr als deutlich aufgezeigt. Ihre völkisch-nationalistische Ideologie soll nun nicht mehr nur in den Parlamenten oder auf den Straße propagiert werden, sondern in alle gesellschaftlichen Bereiche dringen. Der sogenannte "Kampf um die Köpfe", wie es Herr Kubitschek anstrebt, hat schon lange begonnen. Es bedarf einer konsequenten Haltung der Gesellschaft gegen diesen Rechtsruck.

## 2. Die Veranstaltung war nie auf einen wissenschaftlichen Diskurs ausgerichtet

Es gibt Meinungen und es gibt Diffamierungen. Der emeritierte Biologieprofessor Gerald Wolf, der ebenfalls zu dieser Veranstaltung eingeladen war, schreibt auf seinem Blog in dem Text „Deutschland in der Autolyse“ darüber, dass Deutschland „(...) Attraktoren (Lockmittel) gestreut (habe), die wegen der offenen Systemgrenzen den massenhaften Einstrom von Migranten aus systemfremden Populationen bewirken(...)“ und vergleicht weiterhin Immigration mit dem Prozess der Metastasierung. Metastasierung bezeichnet sonst die Ausbreitung von Krebszellen im menschlichen Körper. An einer Universität, die es einigen Menschen mit Fluchthintergrund ermöglicht zu studieren, einer Person eine Stimme zu geben, die diese Menschen mit todesbringenden, bösartigen, krankhaften Geschwüren vergleicht, hat nichts mit Diskurs zu tun, sondern mit dem Zulassen größter Fremdenfeindlichkeit. Es finden sich zahlreiche Passagen in seinen Texten, die vor Rassismus und Nationalismus nur so strotzen. In einem Interview in der Volksstimme vom 18.11.2014 äußert sich Herr Wolf dann zum Thema Frauen in Führungspositionen. Dabei nutzt er die Gelegenheit, seine persönlichen Ansichten über die biologisch bedingten Schwächen von Frauen auszubreiten – als sei die ungleiche Verteilung von Führungsmacht in der menschlichen Gesellschaft das Resultat einer von der Natur gegebenen Ordnung und nicht die Folge von Konkurrenzlogik und Kapitalismus. Auf wissenschaftlicher Ebene ist der Forschungsstand von Herrn Wolf als darwinistisch zu bewerten und daher veraltet. In der Geophysik läßt man sich auch niemanden ein, der nach wie vor behauptet, die Erde sei eine Scheibe. Seine Betonung der Parteilosigkeit, sowie seine Stellung als Intellektueller lassen seinen Rassismus zwar schwieriger entlarven, dennoch sind seine Äußerungen zu den sogenannte etablierten Politiker\*innen und zu den Mainstream-Medien, die er am liebsten ganz schnell abwählen bzw. abschaffen würde, ganz auf AfD-Linie angesiedelt.

Herr Wolf ist also nicht nur ein Pseudowissenschaftler, und daher ebenfalls kein angemessener Diskutant für eine Veranstaltung zum Thema Gender, sondern auch ein biologisch argumentierender Rassist (oder auch Sozialdarwinist, wie es sie während der NS-Zeit schon gab) und als eben dieser zu benennen.

„Eine Gleichbehandlung ist faktisch erst dann möglich, wenn von gleichen Grundvoraussetzungen und gleichen Zugangsmöglichkeiten [...] ausgegangen werden kann“ (Frau Dr. Sandra Tiefel; im aktuellen uni:report der OvGU)

3. Medien und Politiker anderer Parteien reproduzieren diese Diskursverschiebung - und reden trotzdem von Demokratie

Während sich weder Herr Stahlknecht noch Herr Lischka jemals zu dem abgebrannten Solarium an der Klosterwuhne geäußert hatten (ein nachweislich rechter Anschlag, bei dem dutzende Menschen hätten sterben können), echauffieren sie sich ein paar Wochen später über einen Böllerwurf, der weder etwas beschädigte noch jemanden verletzte. Hier fehlen jegliche Relationen und es erweckt den Eindruck, als würde der ein oder andere etwas von "antidemokratischem Verhalten" dienstfleißig in die Mikrofone erzählen wollen, hingegen die aggressiven Personenschützer von Poggenburg, John Hoewers Attacken auf Menschen mit einem Transparent und die Beteiligung bekannter Neonazis an der Veranstaltung übersehen (wollen).

Interessanterweise ließ man dabei die Beteiligten selbst kaum zu Wort kommen, sondern folgte brav der von Poggenburg angestoßenen Behauptung, dass deutsche Universitäten von "der Antifa" regiert werden. Über Twitter ließ er verkünden: "Linksextreme schlagen auf Veranstaltungsteilnehmer ein". Aber genauso wenig wie es "die Antifa" gibt, gab es einen sogenannten Angriff auf AfD-Veranstaltungsteilnehmer.

Dieser Konstruktion konnten auch die zahlreichen Stellungnahmen und Pressemitteilungen von studentischen Gremien kaum noch etwas entgegensetzen. Man überhörte und übersah sie einfach, um selbstgerecht den eigene Diskurs zu fahren, der ähnlich wie bei der AfD aus einfachen Formeln besteht: Sich gegen AfD zu wehren = links. Links = gewalttätig, oder zumindest gefährlich. AfD = demokratischer Gesprächspartner. Sich gegen AfD zu wehren = undemokratisch. Links = undemokratisch. Usw. usw. usw. Anstatt sich mit Sachverhalten auseinanderzusetzen und den Protest gegen die AfD als ebenso demokratisches Mittel anzuerkennen, folgt man den oben beschriebenen Strategien der AfD. Anstatt zu akzeptieren, dass viele Menschen die Ereignisse am 12.1. als wichtigen Schritt im Zuge der Auseinandersetzung mit der AfD ansehen, versuchte man lediglich die Protestierenden zu diskriminieren und sie als "antidemokratisch" herabzusetzen.

Die Volksstimme gab dem beleidigten Herrn Wolf dann auch gleich die Möglichkeit, seine gekränkte Eitelkeit öffentlich auszutragen, als er in einem Interview die Verhinderung seiner Veranstaltung mit "Nazi-Methoden" gleichsetzte. Hingegen wurden Stellungnahmen andere Wissenschaftler\*innen, die zur causa Wolf einiges zu sagen hatten, von der Volksstimme nie abgedruckt. Es scheint, als seien viele Akteure darum bemüht, ins Horn der AfD zu blasen, vermutlich ohne dass sie es wissen. Damit diskreditiert man Proteste gegen Rechtspopulisten von Anfang an.

„Die Unmutsäußerungen der Studierenden und Besucher waren so eindeutig, dass ich glaube, vernünftige Veranstalter hätten sich zurückgezogen und es dabei belassen“ (Michael Dick, Dekan der Fakultät für Humanwissenschaften)

Unsere Forderungen an Sie, als Abgeordnete des Landtags sind klar:

1. Öffentlich anzuerkennen, dass Wegschauen und Weghören menschenverachtende und tödliche Ideologien noch nie aufgehalten hat. Eine Empfehlung wie von B. Lischka, beim nächsten Mal Kopfhörer zu benutzen, sind nicht nur fahrlässig, sondern zynisch.

2. Machen Sie sich mit der Sachlage vertraut, indem sie den Protestierenden zuhören, anstatt voreilig Schlüsse zu ziehen, wie es Herr Schulenburg durch die Vorverurteilung der Protestierenden getan hat. Die AfD ist eine Partei, die aus der Demokratie lediglich einen Nutzen zieht. Die zahlreichen Nebenakteure der AfD-Veranstaltung, wie Anhänger der Rechten und der Identitären, sprechen da eine eindeutige Sprache. Ihnen sollten sie sich widmen, denn sie stellen tatsächlich eine Gefahr dar.

4. Solidarisieren sie sich mit den Menschen, die nun von der AfD mit Repressionen überzogen werden. Bezeichnend, aber nicht weiter überraschend ist, dass André Poggenburg eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Dekan der Fakultät für Humanwissenschaften Herrn Prof. Dr. Dick eingereicht hat. Unser Dank und unser Respekt gilt vor allem Michael Dick, der mit seinem couragierten Handeln während und nach der Veranstaltung Haltung bewiesen und sich für die Interessen der Studierenden eingesetzt hat. Ebenso bedanken wir uns beim Studierendenrat (StuRa) der Universität Magdeburg für ihre klare und solidarische Stellungnahme und ihre unbeirrbar Versuche, ihre Position in den Diskurs einzubringen. Unser Respekt geht an alle Menschen, die den Protest getragen haben. Sie sind es, die Solidarität verdient haben - und niemand sonst.

Heute soll über uns gesprochen werden. Aber nicht mit uns. Wir fordern Sie daher auf, unsere Stellungnahme in der Sitzung des Landtages zu verlesen. Die viel beschworenen Begriffe, Demokratie und Gerechtigkeit, mahnen dazu, unsere Stimme hörbar zu machen. Jetzt!

Arbeitskreis Antirassismus

unterstützt vom Antirassistischen Netzwerk Sachsen-Anhalt